

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Bereich I-10/ Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden	Datum 30.03.2007
	Schriftführerin Brigitte Mehl
	Telefon-Nr. 02202/142667
Niederschrift	
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	Sitzung am Mittwoch, den 14. März 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:15 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2006 - öffentlicher Teil -</p> <p>3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 15.11.2006 - öffentlicher Teil - 54/2007</p> <p>4. Mitteilungen des Vorsitzenden</p> <p>5. Mitteilungen des Bürgermeisters 118/2007</p> <p>6. Anregung vom 16.10.2006, dem Verein " Bergisch Gladbacher Tafel e. V. " für seine Tätigkeit geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen Antragsteller: Bergisch Gladbacher Tafel e. V., c/o Marcus Fehler, Gierather Str. 255, 51469 Bergisch Gladbach 57/2007, Seite A 6</p>	

7. **Beschwerde vom 15.01.2006 über den Ausschluss von Wohngeldempfängern aus dem Bezug des Löwenpasses**
Beschwerdeführerin: Kerstin Glessen, Kempener Str. 84, 51469 Bergisch Gladbach
58/2007, Seite A 6
8. **Anregung vom 30.11.2006, die Petenten im AAB aktiver einzubinden..**
Antragsteller: Herr Dr. Albrecht Pitzken, Oberdreispringen 2, 51429 Bergisch Gladbach
650/2006, Seite A 7
9. **Anregung vom 21.02.2007, die Entscheidung das Zeitschriften- und Zeitungsangebot in der Bensberger Bücherei zu reduzieren rückgängig zu machen**
160/2007, Seite A 8
10. **Anregung vom 08.11.2006, eine von der Forststraße abgehende Stichstraße mit einem eigenen Namen zu versehen**
Antragsteller: Birgit & Natsuki Nakajima, Am Vogelsfeldchen 5, 51373 Leverkusen
609/2006, Seite A 9
11. **Anregung vom 23.11.2006, auf der Hermann-Löns-Str. in Höhe der Willy-Brandt-Str. / Damaschkestr. einen Fußgängerüberweg einzurichten.**
Antragsteller: SG Hermann-Löns-Viertel e.V., Willy-Brandt-Str. 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten d. den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Herrmann
636/2006, Seite A 9
12. **Anregung v. 23.11.2006, die Carl-von-Ossietzky-Str. zur verkehrsberuhigten Zone zu erklären.**
Antragsteller: SG Hermann-Löns-Straße e.V., Willy-Brandt-Str. 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Herrmann
637/2006, Seite A 9
13. **Antrag vom 31.01.2007 auf Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Gladbacher Str. in Höhe der Hausnummern 40 - 72,**
Antragsteller: Herr Michael Büch, Gladbacher Straße 60, 51429 Bergisch Gladbach
111/2007, Seite A 10
14. **Anregung vom 20.10.2006, eine Aufsattelung des Wohngebäudes Klutstein 15 planungsrechtlich zu ermöglichen**
Antragsteller: Adolfo Held, Klutstein 15, 51467 Bergisch Gladbach
55/2007, Seite A 11
15. **Anregung vom 04.04./ 02.12.2006, eine Bebauung der Grundstücke Gemarkung Paffrath, Flur 2, Flurstücke 1887 und andere, Im Aehlemaar, nicht zuzulassen**
Antragsteller: Norbert Becker, Im Aehlemaar 12, 51467 Bergisch Gladbach
11/2007, Seite A 11
16. **Anregung vom 08.01.2007, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine**

- bauliche Nutzung des Flurstückes 1002 im Bereich des Silberkauler Weges zu schaffen**
Antragstellerin: Die Antragstellerin möchte anonym bleiben
38/2007, Seite A 12
17. **Anregungen vom 20.10.2006/ 06.11.2006, dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3322 - Dombach- Sander- Straße - Fortgang zu geben**
Antragsteller: a) Barysch, Grede, de Lamboy Architekten GmbH, Bensberger Str. 137, 51469 Bergisch Gladbach
b) Geschwister Brings, vertr. durch Jürgen Brings, Dombach-Sander- Str. 50, 51465 Bergisch Gladbach
555/2006, Seite A 12
18. **Anregung vom 15.11.2006, für den Bereich Kauler Feld/ Am Kielsberg/ Kiel eine Klarstellungs- und Ergänzungssatzung zu erlassen**
Antragsteller: Sigrid & Dr. jur. Hartmut Klein, Wildpfad 6, 51427 Bergisch Gladbach
610/2006, Seite A 13
19. **Anregung vom 12.11.2006, durch eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2495 - Rosenhag - eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Gronau, Flur 3, Flurstücke 3209, 2504 und 2505, Gierather Mühlenweg, zu Wohnzwecken zu ermöglichen**
Antragstellerinnen: Margarete Lorenz & Ingrid Allmang, Gladbacher Str. 40a, 51429 Bergisch Gladbach
634/2006, Seite A 13
20. **Anregung vom 20.12.2006, den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 2224 - Am Heidetor - im vereinfachten Genehmigungsverfahren zu ändern**
Antragstellerin: Frau Janna Kenfenheuer, Am Heidetor 23, 51467 Bergisch Gladbach
660/2006, Seite A 14
21. **Anregung vom 03.02.2007 für die Gemarkung Combüchen, Flur 1, Flurstück 3476 den B-Plan Nr. 49 so zu ändern, dass 314 Wohnungen für betreutes Wohnen gebaut werden können.**
Antragsteller: Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V. (BAG cbf e.V.), Langemarckweg 21, 51465 Bergisch Gladbach
120/2007, Seite A 15
22. **Beschwerde vom 06.01.2007 gegen Mitarbeiter der Verwaltung wegen illegal errichteter baulicher Anlagen auf dem Grundstück des Beschwerdeführers**
Beschwerdeführer: Winfried Strehle, Hermann- Löns- Str. 33, 51469 Bergisch Gladbach
26/2007, Seite A 16
23. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A 17

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung**

3. **Mitteilungen des Vorsitzenden - nichtöffentlicher Teil**

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters - nicht öffentlicher Teil**

5. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Baeumle-Courth, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt er die Einladung vom 27.02.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen. Er weist darauf hin, dass Herr Nürnberger nicht zur Sitzung kommen konnte und von Herrn Dr. Steffen vertreten wird.

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wird der TOP 8 auf Bitten des Petenten vorgezogen und im Anschluss an TOP 5 behandelt.

2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 15.11.2006 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Verwaltungsmitarbeiter Rockenberg berichtet bezüglich der bereits abgeschlossenen Anregung zur Einrichtung eines Netzwerkadministrators an Schulen, dass vorgesehen ist dass ein Mitarbeiter aus der Bücherei zukünftig mit 50 % seiner Arbeitszeit als Netzwerkadministrator in Schulen tätig sein wird. Die formale Umsetzung der Maßnahme ist derzeit im Verfahren.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Dr. Baeumle-Courth informiert darüber, dass eine Anregung bezüglich des Bolzplatzes in der Robert-Schuman-Straße und eine von Frau Apicella bezüglich solarer Baupflicht eingegangen sind. Diese Vorgänge werden Gegenstand der nächsten Sitzung am 30.05.2007 sein, da eine intensive Aufbereitung bis zur heutigen Sitzung nicht mehr möglich war.

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Fachbereichsleiter Widdenhöfer informiert darüber dass sich bezüglich der Anregung der Eheleute Lanz vom 19.09.2003 zur **Krebsbachstraße** auch das OVG dem Standpunkt der Stadt angeschlossen hat und somit die Straße in voller Länge für den öffentlichen Verkehr nutzbar bleibt. Er will die Antragsteller fragen, ob damit ihre Anregung erledigt ist und für diesen Fall eine entsprechende Vorlage für die nächste Sit-

zung fertigen.

Verwaltungsmitarbeiter Rockenberg berichtet dass der Petent, Herr Hoffmann, entgegen seiner Ankündigung nun doch nicht bereit war, seine Anregung zu **Stolpersteinen** unter eigener Regie umzusetzen. Unter Federführung von Herrn Dr. Speer wird sich aber voraussichtlich eine Kooperation von 3 Schulen (NCG, Im Kleefeld und IGP) bilden, welche die Realisierung des Projekts übernehmen wird.

Herr Dr. Baeumle-Courth informiert über eine **Anregung, die gemäß der Geschäftsordnung vom Bürgermeister zurückgewiesen wurde**, weil sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde enthielt. Er wird sich nach Abarbeitung mit dem Petenten nochmals in Verbindung setzen und abklären, ob dieser einen neuen Antrag formulieren will.

-

6 **Anregung vom 16.10.2006, dem Verein " Bergisch Gladbacher Tafel e. V. " für seine Tätigkeit geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen**
Antragsteller: Bergisch Gladbacher Tafel e. V., c/o Marcus Fehler, Gierather Str. 255, 51469 Bergisch Gladbach

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis dass das Projekt gut anläuft. Laut Frau Schöttler-Fuchs soll Anfang April über die Presse eingeladen werden um die Räume zu zeigen und weitere Unterstützung zu suchen.

Laut Verwaltung ist der Mietvertrag unterschrieben und es soll cirka Mai/Juni eröffnet werden.

Auch Frau Scherer bestätigt die positive Entwicklung und schlägt den Abschluss vor.

Der Ausschuss fasst folgenden einstimmigen **Beschluss**:

Die Anregung wird abgeschlossen.

-

7 **Beschwerde vom 15.01.2006 über den Ausschluss von Wohngeldempfängern aus dem Bezug des Löwenpasses**
Beschwerdeführerin: Kerstin Glessen, Kempener Str. 84, 51469 Bergisch Gladbach

Herr Dr. Baeumle-Courth führt aus, dass der Rat der Anregung hinsichtlich der Einbeziehung von Wohngeldempfängern nicht gefolgt ist.

Frau Schweizer regt für die FDP-Fraktion an, dass über das Thema im Hinblick auf einen Passus für Ausnahmefälle (nach gründlicher Prüfung) nochmals neu diskutiert werden soll.

Herr Galley sieht keine Möglichkeit, mit den geringen finanziellen Mitteln alle Zielgruppen zufrieden zu stellen. Er schlägt daher vor, den Vorgang abzuschließen.

Herr Höring stimmt dem zu. Sollte tatsächlich nochmals eine neue Diskussion gewünscht werden, sollte die im zuständigen Sozialausschuss erfolgen, nicht im AAB. Er bittet daher auch um Abschluss der Angelegenheit.

Herr Dr. Steffen möchte nicht „immer an den Schwächsten sparen“ und würde die Sache ebenfalls gerne erneut im Sozialausschuss diskutieren lassen.

Herrn Kamp widerstrebt dass Leute, die – wie die Petentin - arbeiten gehen gegenüber solchen zurückgestellt werden, die nicht arbeiten.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

- a) **Der Sozialausschuss möge sich mit dieser Angelegenheit noch mal befassen:** mit 7 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
- b) **Das Verfahren wird für den AAB abgeschlossen:** einstimmig.

-

8 Anregung vom 30.11.06, die Petenten im AAB aktiver einzubinden..
Antragsteller: Herr Dr. Albrecht Pitzken, Oberdreispringen 2, 51429 Bergisch Gladbach

Herr Pitzken ist anwesend und erläutert kurz seine Anregung.

Herr Galley hält den Vorschlag der Verwaltung für praktikabel, allerdings sollte die Redezeit auch beim ersten Vortrag auf 3 Minuten begrenzt werden. Nach dem Schlusswort sollte keine Diskussion mehr erfolgen, dies könnte zu großen Verzögerungen führen. Die Gelegenheit für den Ausschuss, darauf nochmals zu antworten, sollte gestrichen werden.

Herr Höring stimmt dem Vorschlag der Verwaltung für die CDU-Fraktion ebenfalls zu, sieht die Problematik der Verzögerung nicht unbedingt gegeben, wenn sich die Ausschussmitglieder zügeln. Sofern die Redezeit beim ersten Mal noch nicht begrenzt ist, hält er dies ebenfalls für sinnvoll.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass, wenn das Rederecht des Petenten/der Petentin unmittelbar vor der Abstimmung beschlossen wird, er danach grundsätzlich keine Rednerliste mehr eröffnen wird.

Herr Dr. Steffen begrüßt den Vorschlag der Verwaltung ebenfalls, weil dadurch noch Klarstellungen erfolgen können. Auch die Antwortmöglichkeit des Ausschusses ist wichtig. Auch er hält eine Redezeitbegrenzung auf 3 oder 5 Minuten für sinnvoll.

Stadtbaurat Schmickler sieht durchaus die Notwendigkeit, auf das Schlusswort des Petenten nochmals reagieren zu können, damit sich daraus ergebende, neue Lösungsansätze aufgegriffen werden können.

Herr Galley sieht die Möglichkeit der Selbstbeschränkung bezüglich der Antwort des Ausschusses als ausreichend an.

Herr Kamp stimmt dem Vorschlag von Herrn Höring zu.

Es ergeht folgender einstimmiger **Beschluss**:

- a) **Der Petent erhält (wie bisher) bei Aufruf seines Anliegens die Gelegenheit, kurz das Wort (maximal 5 Minuten) zu ergreifen.**
- b) **Der Petent erhält auf eigenen Wunsch nach Abarbeitung der Rednerliste vor der Abstimmung über sein Anliegen die Gelegenheit, nochmals für maximal 3 Minuten das Wort zu ergreifen. Politik oder Verwaltung können darauf noch antworten.**
- c) **Der Petent bleibt während der Beratung seines Themas am Besuchertisch sitzen.**
- d) **Die Regelungen gelten zunächst probeweise für diese und die nachfolgenden 2 Sitzungen**
- e) **In der ersten Sitzung im Jahr 2008 soll endgültig über dieses Verfahren entschieden werden.**

-

9 **Anregung vom 21.02.2007, die Entscheidung das Zeitschriften- und Zeitungsangebot in der Bensberger Bücherei zu reduzieren rückgängig zu machen**

Frau ... ist nicht anwesend.

Herr Höring fragt kritisch an, weshalb es für den Antrag bedeutsam gewesen sei, ob die Petentin Gladbacher Bürgerin und Mitglied der Bücherei ist.

Herr Dr. Steffen stellt die Frage in den Raum, weshalb erst nach einer Beschwerde reagiert werde.

Verwaltungsmitarbeiter Rockenberg erläutert hierzu dass bereits zahlreiche Bürger und Bürgerinnen, welche sich über das eingeschränkte Angebot beklagt hatten, nach einem entsprechenden Hinweis Mitglied der Bücherei geworden sind und damit die Finanzierung unter anderem der Abonnements unterstützt wird.

Bereits vor der Beschwerde war die Verwaltung aktiv geworden. Die Abonnements mussten kurzfristig nach dem Schließungsbeschluss abbestellt werden, können aber nicht vollständig wieder aufgenommen, sondern nur als Übergangslösung zu einem Drittel bis zur Hälfte wieder bestellt werden. Die Finanzierung der Medien erfolgt für 2007 über die Mittel der Bücherei, einen Sonderfonds für die Bestseller und durch die zugesagten Mittel aus dem Förderverein. Herr Dr. Speer kümmert sich um die Angelegenheit.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt noch, dass die Verwaltung natürlich unmittelbar nach entsprechender Beschlusslage entsprechende Schritte in die Wege geleitet hat.

Der Ausschuss fasst folgenden einstimmigen **Beschluss**:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein Medienetat vorhanden ist und die Angelegenheit wird abgeschlossen.

-

10 **Anregung vom 08.11.2006, eine von der Forststraße abgehende Stichstraße mit einem eigenen Namen zu versehen**
Antragsteller: Birgit & Natsuki Nakajima, Am Vogelsfeldchen 5, 51373 Leverkusen

Die Antragsteller sind nicht anwesend.

Die Anregung wurde bereits umgesetzt und die Antragsteller informiert.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag wird für den AAB abgeschlossen.

11 **Anregung vom 23.11.06, auf der Hermann-Löns-Str. in Höhe der Willy-Brandt-Str. / Damaschkestr. einen Fußgängerüberweg einzurichten.**
Antragsteller: SG Hermann-Löns-Viertel e.V., Willy-Brandt-Str. 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Herrmann

Die Antragsteller sind nicht anwesend.

Frau Schöttler-Fuchs hält einen Fußgängerüberweg an der Hermann-Löns-Straße und eine Beratung im AUIV für sinnvoll.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

1. **Der Ausschuss verweist die Angelegenheit in den AUIV um dort über eine mögliche Hilfe für die Straßenüberquerung zu entscheiden.**
2. **Das Verfahren wird nicht abgeschlossen.**

12 **Anregung v. 23.11.06, die Carl-von-Ossietzky-Str. zur verkehrsberuhigten Zone zu erklären.**
Antragsteller: SG Hermann-Löns-Straße e.V., Willy-Brandt-Str. 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Herrmann

Die Antragsteller sind nicht anwesend.

Sowohl SPD- Fraktion als auch CDU-Fraktion halten im Gegensatz zur Verwaltung eine Überweisung in den AUIV für notwendig.

Von der CDU-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass die Bürgerschaft über die Konsequenzen in jeglicher Hinsicht (bauliche Maßnahmen, Kostenhöhe und -tragung, Probleme für größere Fahrzeuge wie Müllabfuhr) vor einer Entscheidung aufgeklärt werden sollten.

Die FDP-Fraktion gibt noch den Parkplatzverlust zu bedenken.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss folgenden einstimmigen **Beschluss:**

1. **Die Anregung wird an den AUIV verwiesen.**
2. **Über das weitere Verfahren soll im AAB berichtet werden.**

Antrag vom 31.01.07 auf Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Gladbacher Str. in Höhe der Hausnummern 40 - 72,
Antragsteller: Herr Michael Büch, Gladbacher Straße 60, 51429 Bergisch Gladbach

Der Antragsteller ist anwesend und erläutert nochmals ausführlich die Problematik aus seiner Sicht. Seine Vorschläge seien nicht als absolute Forderungen zu sehen, sondern als Vorschläge, die von den Experten beurteilt und auch eventuell nur teilweise umgesetzt werden könnten. Vorgeschlagen wird auch eine Verkehrsinsel.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer betont nochmals, dass bis Ende 2005 so gut wie keine Unfälle mit den vom Petenten geschilderten Folgen bekannt sind, und die 4 Unfälle im Jahr 2006 nicht auf einen schlechten Fahrbelag, sondern eindeutig auf überhöhte Geschwindigkeit und Überschätzung der Fahrfähigkeiten der jungen Fahrer zurückzuführen waren. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ist laut Polizei nicht sinnvoll. Eine mobile Messstelle ist laut Fachbereichsleiter Widdenhöfer dort nicht einsetzbar, u.a. wegen der Hängigkeit des Geländes. Eine stationäre Messanlage wird der Kreis derzeit nicht einrichten, da in absehbarer Zeit Straßenausbaumaßnahmen geplant sind. Mehr als die Warnschilder wegen Schleudergefahr, die rein vorsorglich aufgestellt wurden, erscheint kurzfristig nicht machbar.

Für die CDU-Fraktion schlägt Herr Höring vor, im Hinblick auf die ohnehin nötigen Änderungen im Zusammenhang mit der vorgesehenen Bebauung des Car-Park-Geländes und dem Schutz der Fußgänger, das Thema in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) zu verweisen.

Wegen der Schwierigkeiten der Fahrgäste, an der Bushaltestelle die Fahrbahn zu überqueren, bittet Frau Schöttler-Fuchs für die SPD-Fraktion das Thema im AUIV kurzfristig zu beraten. Außerdem sollte ein Radweg angelegt werden.

Herr Dr. Steffen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte das Thema Qualität des Straßenbelags doch gerne noch im Fachausschuss beraten lassen.

Stadtbaurat Schmickler stimmt zu, dass im betroffenen Bereich zahlreiche Verbesserungen erforderlich erscheinen, so z.B. ein Bordstein, ein vernünftiger Ausbau der Bushaltestelle, eine Querungshilfe, ein Rad- und Fußweg und auch die Einfahrt in das noch zu bebauende Car-Park-Gelände. Die Maßnahmen müssen in Abstimmung mit dem Landesbetrieb erfolgen und gemeinsam finanziert werden. Eine Beratung unter all diesen Aspekten im AUIV wird daher für erforderlich gehalten.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, dass in den letzten Monaten öfters Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt worden sind.

Frau Schweizer schlägt für die FDP-Fraktion vor, über den Kreistag oder Polizeibeirat eine höhere Polizeipräsenz und häufigere Geschwindigkeitsüberwachung anzuregen.

Diesem Vorschlag schließt sich Herr Kamp für die Fraktion BfBB an.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer ergänzt, dass eine Geschwindigkeitsüberwachung

nur im Bereich des Steilstücks nicht möglich ist, bei der Bushaltestelle aber sehr wohl. Eine Querungshilfe würde er auch sehr begrüßen, weil dadurch die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer reduziert würde.

Auch Stadtbaurat Schmickler sieht in der Querungshilfe und einer sauberen Abgrenzung der Fahrbahn eine Möglichkeit, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und bittet diese Maßnahmen im AUIV auf jeden Fall mit in das Konzept aufzunehmen.

Herr Büch zeigt Verständnis dafür, dass eine Lösung im Rahmen eines solchen Gesamtkonzeptes sinnvoll ist, bittet jedoch auch um sinnvolle „Sofort-Maßnahmen“ zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Die Anregung wird in den AUIV verwiesen.**
2. **Über das weitere Verfahren soll im AAB berichtet werden.**

-

14 **Anregung vom 20.10.2006, eine Aufsattelung des Wohngebäudes Klutstein 15 planungsrechtlich zu ermöglichen**
Antragsteller: Adolfo Held, Klutstein 15, 51467 Bergisch Gladbach

Der Antragsteller ist anwesend, nimmt zur Vorlage der Verwaltung Stellung und bittet, die Zustimmung der Nachbarschaft nicht zu fordern, weil diese wegen Differenzen nicht einholbar sei.

Herr Höring stimmt für die CDU-Fraktion der Verweisung zu, hält es aber nicht für sinnvoll, die Einschränkung vorzuschlagen.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden einstimmigen **Beschluss**:

1. **Die Anregung wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
2. **Das Verfahren wird für den AAB abgeschlossen.**

-

15 **Anregung vom 04.04./ 02.12.2006, eine Bebauung der Grundstücke Gemarkung Paffrath, Flur 2, Flurstücke 1887 und andere, Im Aehlemaar, nicht zuzulassen**
Antragsteller: Norbert Becker, Im Aehlemaar 12, 51467 Bergisch Gladbach

Der Antragsteller ist nicht anwesend.

Herr Höring regt für die CDU-Fraktion an, die Angelegenheit wie vorgeschlagen in den Planungsausschuss zu verweisen, mit Blick auf den Parallelfall von Herrn Ilges nicht für den AAB abzuschließen.

Der Ausschuss fasst danach folgenden **Beschluss**:

1. **Die Anregung wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
2. **Über das weitere Verfahren soll im Zusammenhang mit dem Verfahren von Herrn Ilges im AAB berichtet werden.**

16 **Anregung vom 08.01.2007, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung des Flurstückes 1002 im Bereich des Silberkauler Weges zu schaffen**
Antragstellerin: Die Antragstellerin möchte anonym bleiben

Der Antragsteller ist nicht anwesend.

Ohne Diskussion fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

1. Das Verfahren wird in den Planungsausschuss verwiesen.
2. Der Vorgang wird für den AAB abgeschlossen.

17 **Anregungen vom 20.10.2006/ 06.11.2006, dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3322 - Dombach- Sander- Straße - Fortgang zu geben**
Antragsteller: a) Barysch, Grede, de Lamboy Architekten GmbH, Bensberger Str. 137, 51469 Bergisch Gladbach
b) Geschwister Brings, vertr. durch Jürgen Brings, Dombach-Sander- Str. 50, 51465 Bergisch Gladbach

Herr de Lamboy schildert kurz das Problem, dass trotz intensiver Bemühungen seit fast 20 Jahren noch kein Abschluss erreicht werden konnte und keine endgültigen Aussagen gemacht wurden. Die Bauherren wären inzwischen auch mit einer kleineren Lösung zufrieden.

Für die CDU-Fraktion meldet Herr Höring Beratungsbedarf an und bittet um Vertagung.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Galley dem Vertagungsvorschlag an.

Für die FDP-Fraktion stellt Frau Schweizer die Frage, ob es sich um das Gebiet handelt, in dem vor kurzem ein großes Waldstück abgeholzt wurde.

Herr Dr. Steffen äußert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Eindruck, dass hier Tatsachen geschaffen wurden, um das Verfahren zu beschleunigen und regt an, die Verursacher der Fällungen zur Verantwortung zu ziehen.

Herr Kamp gibt für die Fraktion BfBB zu bedenken, ob es für die Verwaltung nicht wichtigere und dringlichere Gebiete zu planen und erschließen gibt als dieses Gebiet im Außenbereich.

Stadtbaurat Schmickler kann sich einer Vertagung anschließen. Er stellt in Aussicht zu klären, ob der kleine, derzeit als bebaubar betrachtete Teil, im Rahmen des Baulandmanagements in ein angrenzendes, größeres B-Plangebiet mit einbezogen werden kann.

Herr Sprenger macht den Vorschlag, die Wünsche der Bevölkerung vor Ort zu sondieren um zu klären, wo Baumöglichkeiten für zukünftige Generationen in diesem Ortsteil gewünscht werden.

Frau Schweizer verweist auf die Probleme im Bereich Löhe und warnt vor einer Zersiedelung von Sand und des Naherholungsgebietes, das an Schloss Lehrbach grenzt. Gegenüber sei der alte kleine Friedhof, der durch den jetzt abgeholzten Wald verdeckt wurde und der jetzt ganz in der Nähe der zu bebauenden Fläche wäre. Das letzte Grün in der Nähe der Schule würde beseitigt werden.

Herr Dr. Baeumle-Courth regt an, sich eventuell fraktionsübergreifend vor Ort selbst ein Bild zu machen.

Der Petent weist in seinem abschließenden Statement darauf hin, dass im B-Plan 3322 Flächen als Wald gekennzeichnet sind, wo nie Wald war. Dies gilt für die Fläche hinter den beiden Häusern an der Dombach-Sander-Straße. Dort ist eine Fläche mit einer Quelle darunter. Es soll nicht der ganze Hang abgeholzt werden.

Der Ausschuss fasst dann einstimmigen bei einer Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Die Entscheidung über die Anregung wird auf die nächste Sitzung vertagt.
(Die Ausschussmitglieder werden gebeten, die Unterlagen aus der Einladung zu diesem TOP in die nächste Sitzung wieder mitzubringen.)

-

18 Anregung vom 15.11.2006, für den Bereich Kauler Feld/ Am Kielsberg/ Kiel eine Klarstellungs- und Ergänzungssatzung zu erlassen
Antragsteller: Sigrid & Dr. jur. Hartmut Klein, Wildpfad 6, 51427 Bergisch Gladbach

Die Antragsteller sind anwesend.

Herr Dr. Klein begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung, die seine Sichtweise bestätigt, erklärt die Sache damit für ihn für erledigt und bedankt sich.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Angelegenheit wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
- 2. Der Vorgang wird für den AAB abgeschlossen.**

-

19 Anregung vom 12.11.2006, durch eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2495 - Rosenhag - eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Gronau, Flur 3, Flurstücke 3209, 2504 und 2505, Gierather Mühlenweg, zu Wohnzwecken zu ermöglichen
Antragstellerinnen: Margarete Lorenz & Ingrid Allmang, Gladbacher Str. 40a, 51429 Bergisch Gladbach

Herr Klaus Lorenz, der seine Tante Frau Lorenz vertritt, trägt vor, dass das Anliegen seit 15 Jahren immer wieder ablehnend beschieden wurde. Er schildert, dass sein Großvater das „Projekt“ durch Erstellung von 2 Wohngebäuden 1934 realisiert und anschließend 1964 den Minigolfplatz gegründet hat. Dieses Gesamtprojekt soll sinnvoll erweitert werden.

Der Großvater hat mehrfach auf verschiedene Weise gegenüber der Stadt sein soziales Engagement gezeigt und ist stets kooperativ gewesen. Er hat das Projekt Gierather

Wiese durch Grundstücksabtretungen und auch die Verlegung des Randkanals unterstützt.

Bei der Erschließung der Gierather Wiese wurde maßgeblich zur Erschließung mit beigetragen.

Ein Rad- und Fußweg würde aus seiner Sicht nicht behindert, der Baumbestand soll grundlegend erhalten bleiben. Es soll nur ein Teilstück des Minigolfplatzes bebaut werden. Aus kaufmännischer Sicht würde er selbst den Minigolfplatz nicht weiter betreiben. Die Investitionen für den weiteren Betrieb sind zu hoch, er soll in absehbarer Zeit aufgegeben werden, da er sich nicht trägt. Die negativen Entscheidungen sind bislang unausgewogen gewesen, er bittet um einen Kompromiss und Überweisung in den Planungsausschuss.

Frau Schöttler-Fuchs stimmt für die SPD-Fraktion dem Überweisungsvorschlag zu und bestätigt das soziale Engagement der Familie, so wäre Frau Lorenz bereit gewesen, die Miete für die Kindertagesstätte "Knubbelsberge" zu reduzieren damit diese erhalten werden könnte.

Der Minigolfplatz wird aber durchaus als Aufwertung für das Projekt Regionale 2010 gesehen, weshalb sie den Vorschlag eines Ortstermins mit den Planungssprechern der Fraktionen macht, auch um die Sache im Zusammenhang mit der Regionale 2010 besser beurteilen zu können und eventuell einen Kompromiss zu finden.

Die CDU-Fraktion stimmt der Verweisung in den Planungsausschuss zu mit dem Hinweis auf Prüfung unter dem Gesichtspunkt Regionale 2010, sodass hoffentlich eine Lösung für alle Beteiligten gefunden werden kann. Ein Ortstermin für alle Planungssprecher wird begrüßt.

Herr Lorenz bittet in seinem Schlusswort noch darum, an dem Ortstermin der Planungsausschussprecher teilnehmen zu dürfen.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Die Angelegenheit wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
2. **Über das Verfahren soll im AAB weiter berichtet werden.**

-

**20 Anregung vom 20.12.06, den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 2224 - Am Heidetor - im vereinfachten Genehmigungsverfahren zu ändern
Antragstellerin: Frau Janna Kenfenheuer, Am Heidetor 23, 51467 Bergisch Gladbach**

Herr Kenfenheuer ist anwesend und entschuldigt sich zunächst bei der Verwaltung. Er wusste nicht, dass die entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan vom Planer des Vorhabenträgers entwickelt wurden.

Er stellt klar, dass nicht „die Vorgärten zugestrichelt“ werden sollen, sondern nur im Einfahrtsbereich ein vorgezogener filigraner Carport anstatt einer Garage errichtet werden soll. Die 180 m² Vorgarten würden dadurch nur geringfügig verändert und die Dachfläche des Carports könnte an dieser Stelle auch besser für die Energiegewinnung genutzt werden.

Herr Dr. Steffen stellt fest, dass eine Verdichtung und Versiegelung sowohl durch

eine Garage als auch einen Carport erfolgt.

Frau Pütz stellt für die SPD-Fraktion fest, dass das Verfahren erst 2004 in Kraft getreten ist und die Käufer die Festsetzungen mit Kauf der Liegenschaft vertraglich anerkannt haben. Der vorgeschlagenen Änderung haben nur 6 Parteien zugestimmt. Auch im Rahmen der Gleichbehandlung müsste die Anregung abgelehnt werden.

Frau Schweizer fragt, ob die Veränderungen mit den Nachbarn abgestimmt sind.

Herr Kenfenheuer erklärt dass ein Nachbar nicht zugestimmt hat, die anderen Grundstücke befanden sich bei Abgabe des Antrages noch im Eigentum des Vorhabenplaners. Von einem Erwerber kam keine Stellungnahme.

Herr Sprenger weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass bislang nur ca. 80 % der Grundstücke verkauft sind und es nicht für sinnvoll gehalten wird, in dieser Phase eine Änderung vorzunehmen. In ein paar Jahren wäre gegebenenfalls eine neue Diskussion möglich.

Herr Kamp äußert für die Fraktion BfBB Verständnis dafür, dass man ein individuelles Haus nach eigenen Wünschen bauen möchte. Allerdings hätte man sich beim Kauf des Grundstücks darauf einstellen können. Sofern tatsächlich Fehler den B-Plan angreifbar machen sollten, könnten die Wünsche im Rahmen der „Heilung“ berücksichtigt werden.

Stadtbaurat Schmickler erkennt keine Verfahrensfehler und warnt vor Änderungen.

Herr Dr. Baemle-Courth hält ebenfalls einen neuen Versuch in einigen Jahren für sinnvoll.

Herr Kenfenheuer weist abschließend darauf hin, dass in dem Gebiet schon etliche Befreiungen erteilt wurden, seine Veränderung aber nicht berücksichtigt werden konnte. Ihm war empfohlen worden, diesen Weg zu gehen. Er wird sich aber gerne in 2 oder 3 Jahren wieder mit einem neuen Antrag an den Ausschuss wenden.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden einstimmigen **Beschluss**:

1. **Die Anregung wird abgelehnt.**
2. **Das Verfahren wird für den Ausschuss abgeschlossen.**

-

21 Anregung vom 03.02.07 für die Gemarkung Combüchen, Flur 1, Flurstück 3476 den B-Plan Nr. 49 so zu ändern, dass 314 Wohnungen für betreutes Wohnen gebaut werden können.
Antragsteller: Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V. (BAG cbf e.V.), Langemarckweg 21, 51465 Bergisch Gladbach

Ein Vertreter der Petenten ist anwesend, wünscht aber nicht das Wort zu ergreifen.

Herr Mömkes begrüßt für die CDU-Fraktion die beantragte Erweiterung des Objekts, betont aber dringenden Beratungsbedarf im Planungsausschuss. Er bittet den Antrag-

steller dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und den Umfang der geplanten Bebauung zu reduzieren.

Frau Schöttler-Fuchs weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass nach ihrer Information dort kein B-Plan vorhanden ist und schon deshalb eine Verweisung in den Planungsausschuss nötig ist. Wohnungen für Menschen mit Behinderungen würde sie auch in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Sozialausschusses dort gerne sehen.

Herr Dr. Baemle-Courth weist darauf hin, dass – wie aus der Vorlage ersichtlich – ein B-Plan bereits besteht, der Bebauungsvorschlag so aber nicht akzeptiert werden kann.

Der Ausschuss fasst folgenden einstimmigen **Beschluss**:

1. **Der Antrag wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
2. **Der Vorgang wird für den Ausschuss abgeschlossen.**

22 **Beschwerde vom 06.01.2007 gegen Mitarbeiter der Verwaltung wegen illegal errichteter baulicher Anlagen auf dem Grundstück des Beschwerdeführers**
Beschwerdeführer: Winfried Strehle, Hermann- Löns- Str. 33, 51469 Bergisch Gladbach

Herr Strehle trägt sein Anliegen sehr ausführlich vor. Er nennt als Gründe für seinen Antrag dass

- baurechtlich relevante Baukörper von der Grundstücksmiteigentümerin errichtet wurden und diese nicht zu bewegen war, die Angelegenheit vor dem Verkauf ihres Anteils baurechtlich zu bereinigen;
- für ihn und seine Frau ist Recht und Gesetz zu beachten und rechtswidrige Zustände zu bereinigen sind,
- ein Aspekt der Mithaftung besteht

Seine Absicht sei nie gewesen, alle „Schwarzbauten“ beseitigen zu lassen, sondern baurechtliche Situationen zu klären.

Frau Pütz sieht für die SPD-Fraktion nicht unbedingt die Zuständigkeit des Ausschusses und bestätigt dass die Verwaltung gearbeitet hat, wie sie es von ihr erwartet. Sie hat alles versucht, eine Lösung zu finden.

Frau Schweizer regt für die FDP-Fraktion eine fachaufsichtliche Überprüfung durch den Kreis an.

Herr Kamp von der BfBB hält die Einschaltung einer neutralen Stelle auch für sinnvoll.

Stadtbaurat Schmickler sieht keinen Fehler der Bauaufsicht. Die Petenten haben die Möglichkeit, gegen Entscheidungen der Bauaufsicht verschiedene rechtliche Wege zu beschreiten, auch die Aufsichtsbehörden einzuschalten. Er sieht hierzu aber keine Veranlassung.

Hintergrund ist hier wohl eher ein Zerwürfnis im Bereich des Privatrechts, das über ein öffentlich-rechtliches Instrumentarium gelöst werden soll.
Er verweist auf Seite 159 der Einladung, aus der ersichtlich ist, dass ein Widerspruchsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Wenn diesem nicht abgeholfen werden kann, wird der Vorgang dem Kreis vorgelegt. Damit würde eine „neutrale Stelle“ ohnehin eingeschaltet.

Im Schlusswort beklagt sich Herr Strehle darüber, dass er über Entscheidungen nicht informiert worden ist, die Baubehörde an ihm vorbeiarbeitet und Maßnahmen nur mit den neuen Miteigentümern abwickle.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass kein weiterer Dialog vorgesehen ist, dieser jedoch mit ihm persönlich nach der Sitzung erfolgen kann, und schließt die Aussprache zu diesem TOP damit ab.

Der Ausschuss fasst den einstimmigen **Beschluss**:

Das Verfahren wird abgeschlossen.

-

23 Anfragen der Ausschussmitglieder

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor. Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Herr Dr. Baeumle-Courth, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

-